

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 1.35 (Postgebühren, beim eigenen Postamt bestellt). — Preis Ausland unter Streifenband 1.95 (inkl. Postgebühren). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf. Schluss der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfachkonto Hannover 67 377.

Nr. 25.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Freitag, den 30. Januar 1931.

13. Jahrgang.

Freiheit sei der Zweck des Zwanges;
Wie man eine Rebe bindet,
Daß sie, statt im Staub zu kriechen,
Trotz sich in die Lüfte windet.

Fr. W. Weber.

Der Sozialismus als weltlicher Messianismus.

Die Christenheit hat wiederum das Weihnachtsfest gefeiert. Trotz sind die alten schönen Weihnachtslieder wieder in unseren Kirchen und in vielen Häusern gesungen worden und unsere Gemeinden haben wiederum die Botschaft vom Kommen des Erlösers vernommen. Wir Christen glauben, daß in Jesus Christus der gekommen ist, der allein die tiefe Menschheitsnot zu wenden vermag. Wir sehen in Jesus den uns von Gott gegebenen Erlöser, wir sehen in ihm den, der das ungeheure Menschheitsproblem zu lösen imstande ist und lösen wird. Wir sehen in Jesus den Messias und richten unser ganzes Vertrauen und hängen unsere ganze Hoffnung auf ihn.

Zu unserem großen Schmerze aber sehen wir, wie sich heute Hunderttausende unserer Brüder von Jesus und von aller Religion abgewandt haben und immer entschiedener abwenden. Wir wollen in diesem Zusammenhange nicht über die Gründe dieser Erscheinung nachdenken. Wir wollen nur auf eine eigenartige Tatsache hinweisen.

Der marxistische Sozialismus, in dem sich die Religions- und Christentumsgegner treffen, verwirft grundsätzlich alle Religion. Er steht weltanschaulich auf atheistischer Grundlage. Woher aber hat er seine Kraft? Wem verdankt er die unheimliche Gewalt, mit der er in den paar Jahrzehnten seines Bestehens die Massen wie im Sturm erobert hat? Er verdankt sie nicht zum letzten der Tatsache, daß er sich selbst zu einer Art Religion gemacht hat. Wer die sozialistische Bewegung nur von außen anschaut, wie sie sich in gelegentlichen Demonstrationen der Arbeitermassen, in gelegentlichen Streiks oder in der erregten Wahlpropaganda kundgibt, der wird niemals hinter das Geheimnis dieser Bewegung kommen. Wer sie aber genauer ansieht, wer in ihr eigentliches Wesen eindringt, der kommt zu der Erkenntnis, die ihm das Rätsel deutet: der Sozialismus ist nicht, wie er, von außen gesehen, scheint, eine Bewegung des Arbeiterstandes, die weiter nichts als die Besserung der materiellen Lage der Arbeiter, also die Besserung der Lohnverhältnisse zum Ziele hätte. Die sozialistische Bewegung ist weit mehr als das. Der Sozialismus ist eine ganz eigene, geschlossene Weltanschauung, ja, er ist eine Art von Religion, eine Religion ohne den Glauben an den lebendigen Gott und an eine Ewigkeit, eine Religion der bloßen Diesseitigkeit. Wenn man aber die sozialistische Religion näher kennzeichnen will, so muß man sagen: sie ist eine Religion, die ihren Gläubigen die höchsten Verheißungen gibt, nicht nur für sie selbst, sondern für die ganze Menschheit. Sie ist eine Religion, die die Lösung des großen Menschheitsproblems zu bringen verspricht, die aller Not, aller Ungerechtigkeit, allem Elend auf Erden ein Ende zu machen verspricht, die die Kraft in sich zu haben meint, das Reich der Vollendung herbeizuführen. Will man also den Charakter dieser Religion näher beschreiben, so muß man sagen: Der Sozialismus ist Messianismus, er ist weltlicher Messianismus. Vielleicht ist es mehr als ein bloßer Zufall, daß der Mann, der allgemein als Stifter dieser Religion angesehen wird, Karl Marx, ursprünglich dem Volke angehört hat, in dem die messianische Erwartung durch die Jahrhunderte lebendig gewesen ist.

Der im Grunde religiöse Charakter des Sozialismus ist immer wieder einzelnen seiner Vertreter zum Bewußtsein gekommen. Am 25. Januar 1890 hat W. Liebknecht das Wort gesprochen: „Die neue Religion für die Massen ist die Sozialdemokratie“, und heute noch wird in den Festartikeln der sozialistischen Blätter der Sozialismus immer wieder als die Religion des Proletariats gefeiert. Von tiefer eindringenden Beobachtern ist der weltanschauliche und religiöse Grundcharakter des Sozialismus längst erkannt worden. Im Jahre 1880 hat Dostojewskij in seinem heute viel gelesenen Hauptwerk „Die Brüder Karamassow“ den Satz geschrieben: „... der Sozialismus ist nicht nur eine Arbeiterfrage oder eine Frage des sogenannten vierten Standes, sondern hauptsächlich eine atheistische Frage, die Frage der gegenwärtigen Inkarnation des Atheismus, die Frage des „Turmes zu Babel“, der gerade ohne Gott

gebaut wird... zur Niederführung des Himmels auf die Erde.“ — Bei uns in Deutschland aber hat besonders Adolf Stöcker das Wesen der sozialistischen Bewegung tief durchschaut und in seinen Reichstagsreden der achtziger Jahre und bei sonstigen Gelegenheiten immer wieder den Satz vertreten: „Die Sozialdemokratie ist nicht bloß eine einzelne Forderung, sie ist eine universelle Krisis des ganzen Geisteslebens, eine neue, mit dem Atheismus verbundene Weltanschauung, eine kolossale Leidenschaft, welche die ganzen Menschen, ihren Verstand, ihren Willen, ihr Fühlen und Denken erfüllt.“ — In der Äußerung von Bebel: „Wir wollen auf religiösem Gebiete den Atheismus“, ist es klar ausgesprochen, daß auf dem Grund und Boden der Sozialdemokratie etwas Sittlich-Religiöses liegt. Ein geistreicher Franzose hat gesagt: „Auf dem Grund aller sozialen und politischen Erscheinungen liegt die Theologie.“ Ich sage nicht „Theologie“, ich sage „Religion“; dann ist der Ausdruck durchaus richtig.“

In der Gegenwart wird der religiöse Charakter des Sozialismus immer deutlicher erkannt, immer klarer dargelegt. So kommt z. B. Plechowski in seinem bekannten, im Furche-Verlag erschienenen Buche „Proletarischer Glaube“ zu dem Satz: „Die Religion des Proletariats ist der Sozialismus.“ Es handelt sich um nichts anderes, um nichts Geringeres, als um den Umstand, daß aus dem proletarischen Bewußtsein der Sozialismus als Religion herausbricht, daß der Sozialismus im Proletariat als Volksreligion der Zukunft erlebt und begriffen wird. Dieses Bewußtsein war immer da, war immer die unbewußte dunkle Triebkraft, aus deren Tiefe die sozialistische Bewegung gespeist worden ist. Das Fortschreitende in dieser Entwicklung liegt lediglich darin, daß dieser Lebensprozeß seine religiöse Formulierung zu finden beginnt: „Proletarischer Glaube“ (S. 208). In dem im Hochweg-Verlag erschienenen, von Carl Schweitzer herausgegebenen Sammelwerk: „Das religiöse Deutschland der Gegenwart“ behandelt Heinz Marr in einer langen, beinahe hundert Seiten umfassenden Abhandlung den Sozialismus unter der Überschrift „Der proletarische Sozialismus in den Wandlungen seines Glaubens“. Der Schweizer sozialistische Theologe Leonhard Ragaz aber urteilt gerade über den marxistischen Sozialismus: „Die Religion des Marxismus ist alt und hat einen alten Namen; sie ist Messianismus.“ „Diese Religion des Messianismus ist die glühende Seele des Marxismus.“ — Es wäre ein Leichtes, die Richtigkeit dieser Urteile zu erhärten. An dieser Stelle mag die bloße Feststellung genügen: Der Sozialismus wird in der Mitte seiner eigenen Vertreter sowohl als von außenstehenden Beobachtern nicht als eine wirtschaftliche, sondern als eine religiöse Bewegung empfunden, als die Religion eines innerweltlichen Messianismus. Man hätte bei der Stellungnahme zum deutschen Sozialismus und bei seiner Beurteilung diese Tatsache immer im Auge behalten sollen. Sie allein löst das Rätsel dieser Bewegung. Sie allein erklärt auch, wo die letzten Gründe für den immer deutlicher zu Tage tretenden Zerfall im Lager des Sozialismus liegen: sie liegen im Erlahmen des sozialistischen Glaubens. — Die Erkenntnis des Sozialismus als einer religiösen Bewegung macht auch offenbar, wodurch allein der Sozialismus wahrhaft überwunden werden kann. Aller Wahnglaube findet ebenso wie aller Überglaube seine Überwindung und Aufhebung allein im wahren Glauben, im Glauben an den lebendigen Gott. Das bloße Dasein des Sozialismus ist ein gewaltiger Appell an uns alle, die wir Christen sein wollen. Es redet zu uns von einem großen Versagen und weist uns eine gewaltige Verantwortung und Aufgabe.

Rafolino.

Die verhängnisvolle Politik der Sozialdemokratie seit Krieg und Revolution bis zur Gegenwart.

Der Bankrott des neudeutschen sozialistischen Systems.

Stimmen aus Württemberg.

(Fort.)

Die Hauptverantwortlichen Neudeutschlands aber hielten unerschütterlich fest an ihrer Vassallentreue. Nicht deutsche Nationalisten, sondern Amerikaner hatten Wilson längst zu den großen Hampelmännern der Weltgeschichte gezählt. Lloyd George, obwohl selbst nicht unteilhaft, hatte die Kriegsschuldfrage und den Versailler Vertrag längst eine große Dummheit und ein großes Verbrechen genannt. Der Engländer Norman Angell hatte von der „Weltdemokratie“ als von einem vermessenden Reichthum gesprochen, dessen Gestank bis an den Himmel

reiche! Die neudeutsche Regierung drückte jedoch mit allen Mitteln die Annahme des Youngplanes durch gegen Widerstandsbestrebungen, die endlich, endlich in dem bis aufs Blut gepeinigten deutschen Volke lebendig geworden waren. Man redete dem deutschen Volke ein, die Annahme dieses Planes diene der Liquidierung des Kriegs, der endgültigen Völkerverföhnung und sei zugleich hervorragend geeignet, die deutsche Wirtschaft anzukurbeln und eine ganz bedeutende Steuererleichterung zu ermöglichen. Und während ausgerechnet ein englischer Schatzkanzler einmal in aller Öffentlichkeit erklärt hatte, Tributsummen, wie die den Deutschen auferlegten, wären im Stande, die doch viel besser fundierten englischen Staatsfinanzen binnen weniger Jahre in eine katastrophale Verwirrung zu bringen, beglückwünschte einer der höchsten sozialistischen deutschen Regierungsträger Herrn Owen Young zu der ausgezeichneten Abwicklung der Vertragsverhandlungen. Und der „Vorwärts“ schrieb am 6. 2. und am 6. u. 16. 3. 1930: „Wir sehen im Youngplan einen großen Schritt zur Freiheit, eine große Tat der Befreiung und Entlastung.“ „Jede Gefährdung des Youngplans wäre eine Gefährdung der deutschen Wirtschaft. Eine Steigerung der Arbeitslosigkeit bis zur Katastrophe könnte leicht die Folge sein.“ „Wir begrüßen die Annahme des Youngplans mit Genugtuung als eine historische Wendung der Dinge.“

Und wie steht es mit der „historischen Wendung der Dinge“ heute?

Unerhört steigende Steuerkurven, zerrüttete Reichsfinanzen, eine immer mehr abgekurbelte, ja, weithin ruinierte deutsche Wirtschaft, ein Heer von über vier Millionen Arbeitslosen und Millionen hoffnungsloser, ja, verzweifelter deutscher Menschen.

Die Vertragspartner sind trotz feierlicher Verpflichtungen aufgerüstet so, daß der ihnen einst so verachtete deutsche Militarismus nur ein Schattenspiel dagegen war. Das abgerüstete 60-Millionen-Volk der Deutschen aber muß kuscheln vor dem Terror der Polen und um sein gutes Recht bei ungnädigen Völkerbundsekreten in Genf antischambrieren (Generalsekretär Drummond ist notorischer Deutschenhasser).

Sollte man nicht meinen, die Träger des neudeutschen außenpolitischen Systems würden bekennen: Unser System hat das deutsche Volk nicht emporgeführt zur wahren Schönheit, Freiheit und Würde. Wir achten im demokratisch-parlamentarischen Staat die Opposition, wir achten zugleich den deutschen Volkswillen, der am 14. September sich kundgab. Wir treten ab. Möge ein neues System bessere Erfolge zeitigen als das unsere!

Weit gefehlt! Wir hatten einen hervorragenden Träger des bisherigen Systems in Stuttgart, den Reichstagspräsidenten Paul Löbe. Fackelzug, Reichsbanner, Sozialistische Arbeiterjugend, ein Wald neuer Reichsfahnen und noch mehr rote Fahnen. Die Stadthalle war überfüllt. Was wird die Menge in solch verantwortungsvoller Stunde von diesem Führer hören? Wir waren erstaunt und erschüttert. Wir hörten einen sehr gewandten Parlamentarier, aber einen Mann, so bar jedes geistlichen Ernstes, daß die rednerische Gewandtheit uns diesen Mangel an Ernst desto unerträglicher machte. Das nachrevolutionäre System erschien hier in der Gloriole des Retters aus dem Elend, in das Wilhelm II. das deutsche Volk geführt habe! Wir hörten kein Wort über die „Propaganda des Landesverrats“ während des Weltkrieges (August Winnig „Vom Proletariat zum Arbeiter“, S. 172 ff.). Kein Wort darüber, daß man unter der falschen Voraussetzung der Kriegsschuldfrage zur Revolution geschritten war; daß man sich von den falschen Vorpiegelungen der „Weltdemokratie“ hatte ungarnen lassen. Mit keiner Silbe erinnerte Löbe an jene Versprechungen vom 13. November 1918 und die grelle Dissonanz mit dem gegenwärtigen Elend. Wir hörten kein Wort über den Vertragsbruch der Nichtabrüstung, kein Wort über den offenkundigen französischen Imperialismus und Militarismus, der wie ein Alp auf Europa lastet. Wir trauten unseren Ohren nicht, als Herr Löbe es aussprach, Deutschland müsse wieder an die Seite der „großen Kulturenationen“ treten. Und dabei nannte er Frankreich an hervorragender Stelle! Welch ein Ideal eines deutschen Arbeiterführers! Man hält solche politische Schwarmgeister für zunächst für unmöglich, aber man muß sich hier erinnern an das, was der schon genannte frühere Sozialistenführer August Winnig auf S. 181 f. seines Buches über diese ganze Geistesverfassung sagt: „Wie sehr beide, der französische Soldat und der sozialistische Intellektuelle miteinander verwandt sind, verriet die von Breitscheid und Hilferding geleitete „Freiheit“, das Blatt der Berliner Unabhängigen, in ihrer Ausgabe vom 2. Juli 1919. In jenem Tage schrieb dieses Blatt,

man dürfe die Soldaten der Entente nicht mit den Deutschen vergleichen. Der deutsche Militarismus sei ein Werkzeug der Gewalt und Barbarei, das Heer der Entente verkörpere Frieden und Gerechtigkeit und diene dem Volke. Man soll diese Heußerung nicht nur nicht vergessen, sondern sie immer als einen Beweis der geistig-politischen Minderheit vor Augen haben; man soll wissen, daß die Leute dieses Glaubens dann die Führer der sozialistischen Arbeiterbewegung wurden und heute zu ihren ersten „Exponenten“ zählen.“ Soweit August Winnig.

Jeder Eingeweihte konnte auch in Paul Löbe einen solchen Exponenten erkennen. Auch was er über die „Weltwirtschaftskrise“ zu sagen hatte, machte das offenbar. Da war kein Wort zu hören über die im Vergleich zu Deutschland geradezu glänzende Arbeitslage in Frankreich, über die ins Fabelhafte aufschwellende Goldreserve Frankreichs (heute 9 Milliarden RM!). Kein Wort über den Wahnsinn der Tributverträge als Mitursache der Weltkrise und Haupthindernis für die geistige und wirtschaftliche Entgiftung und Gesundung Europas und der ganzen Welt. Als aber Herr Löbe aufrief zum „Kampf gegen das kapitalistische System“, da war er nicht nur unverbesserlicher politischer Schwärmer, sondern auch gerissener Demagog; hat doch die SPD. sich in der Nachkriegszeit zur stärksten Stützhalterin der internationalen Hochfinanz entwickelt!

Und dann kam ein flammender Aufruf Herrn Löbes gegen den „Faschismus“, der „die Erregungenschaften der Republik“ bedrohe. Was Löbe hier sagte, war ganz im Stil der Klassenkampf-Theorie von einst. Sein Parteigänger Dr. Schumacher aber redete ganz alte Bürgerkriegstöne, die den moskowitzischen Stellenweise zum Verwechseln ähnlich waren. Der Wald roter Fahnen paßte dazu!

Man hört solche Töne zur Zeit auffallend oft; erst neulich aus dem Munde Herrn Grzesinski, der plötzlich wieder Polizeipräsident von Berlin in Amt und Würden ist. Der Reichsbannerführer Höring aber erklärte gleich zu Beginn des neuen Jahres in Hufum, daß das Reichsbanner „die Feinde der Republik, jene Nazis und Kommunisten, jene Deutschnationalen und alle jene, die warten, ob es vielleicht bald zu den 51 Prozent kommt, um die Republik und das Reichsbanner angreifen zu können, mit denselben Waffen niedergekämpft und niedergeschlagen würden, mit denen die Feinde der Republik sich erlaubt hätten, das Reichsbanner anzugreifen“. Einen weiteren blutdürstigen Satz lassen wir hier weg! Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Crispian aber sagte bei einer Berliner Reichsbannerkundgebung: „Unser Kampf wird solange dauern, bis wir das Ziel erreicht haben. Dieses Ziel heißt die sozialistische Revolution. Für uns gilt es immer daran zu denken, daß wir mit der herrschenden Klasse im Deutschland der Bürger Abrechnung halten müssen. Wenn wir das tun, ist es Kinderpiel, die ganze deutsche Republik marxistisch regiert zu sehen. Dann wird erreicht, daß alle Kräfte, die uns zur Verfügung stehen, zusammengefaßt werden können.“

Die Sozialdemokratische Partei geht in diesen Kampf mit der Unterstützung auch der proletarischen Organisationen, insbesondere der Gewerkschaften, des Reichsbanners und nicht zuletzt der Arbeitersportvereine. Mit ihnen gemeinsam werden wir in diesem großen Kampf auch den Sieg erringen. Unser planmäßiger sozialdemokratischer Kampf für die Klasse der deutschen Arbeiter wird den Gegner töten.“

Dagegen muß die deutsche Öffentlichkeit wissen um die förmlichen Abmachungen, die schon 1930 zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands durch geheime

Beauftragte mit Moskau getroffen worden sind. Diese vertraglichen Abmachungen sind in einem Dokument bis in alle Einzelheiten niedergelegt. U. a. heißt es: „Moskau erklärt sich bereit, einen Kampf gegen den „Faschismus“ in Deutschland auch dann mit allen Mitteln zu stützen, wenn die deutsche Sozialdemokratie dessen Träger ist, und im übrigen kraft seiner Autorität darauf hinzuwirken, daß in dieser großen Frage zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus in Deutschland nicht nur eine Entspannung eintritt, sondern darüber hinaus eine fruchtbare Zusammenarbeit erzielt wird.“

Fruchtbare Zusammenarbeit der Sozialdemokratie mit Moskau! — Oder wie es in einer Reichsbannerversammlung in Berlin-Wilmersdorf ausgedrückt wurde: „Gemeinsamer Kampf gegen den deutschen Faschismus bis aufs Messer“. Wir fragen: Ist das keine Gefährdung der deutschen Republik? Will man so die offensiblen Blöße und den offensiblen Bankrott des Systems verdecken?

Wir aber rufen, wie schon manches Mal an dieser Stelle, so auch jetzt wieder zur gesammelten Rechtsfront, ehe ein neuer Dolchstoß das nationale Erwachen Deutschlands lähmt und eine revolutionäre Radikalisierung uns rettungslos in die Arme Moskaus treibt.

Nicht, daß wir bei der nationalen Front nur Vollkommenes sehen würden! Wann ist denn in der Geschichte der Völker irgend einmal eine vollkommene politische Bewegung dagewesen? Man höre doch endlich auf, hier einfach das Neue Testament als Maßstab anzulegen! Wer von Politik redet, redet nicht vom Reiche Gottes, noch von der Gemeinde Jesu Christi, sondern vom innerweltlichen Geschichtsverlauf der Staaten und der Völker. Hier gelten Recht und Macht! Hätten wir doch den normalen Rechtsstaat! Hätten wir doch normale Rechtsbeziehungen der Völker Europas und Amerikas! Die anormalen, ja, widergöttlichen Verzerrungen von Recht sind innenpolitisch und außenpolitisch Deutschlands und der Welt Unglück. Heute werden Ohnmachtsstaaten durch Gewaltstaaten um ihre schöpfungsmäßigen Lebensrechte systematisch und grausam betrogen. Darum erkennen wir als Christen es als unser politisches Recht, ja, als unsere unabwiesbare politische Pflicht, mit anzusetzen in der Bildung eines deutschen Rechts- und Machtstaates. Nur so werden wir zugleich weiterschreiten können auf dem Wege zu neuen Völkerbeziehungen auf der Grundlage der Freiheit und des Rechts! Gott allein in seiner Gnade und Barmherzigkeit kann das Gelingen scheitern, allen satanischen Mächten zum Trost!

Otto Lohj.

Italiens Eintritt in den Krieg.

Antonio Salandra, der italienische Ministerpräsident, der die Geschichte Italiens in den Jahren 1914/16 leitete, wird in kurzem ein Buch erscheinen lassen, das sich mit dem Eintritt Italiens in den Weltkrieg befaßt. Dieses Buch ist die Fortsetzung des vor 2 Jahren veröffentlichten Werkes „Die italienische Neutralität“ und enthält wertvolles Material.

Schon aus der ausführlichen Besprechung des „Corriere della Sera“ geht hervor, daß wir über die politischen Geschehnisse in Italien schlecht unterrichtet waren, und daß sogar Bülow, dem man allgemein besondere Kenntnisse der italienischen Psyche und Politik zutraute, versagt hat. Das Buch enthält aber auch das üble, unerhörte Doppelspiel der italienischen Regierung und zeigt uns die wahre Stellung des Königs. Danach ist das Verhalten des Königs nicht mehr unklar. Vittorio Emanuele III. war von Anfang an für den Krieg gegen Österreich.

Salandra führt uns in die schicksalhaften Tage vom Dezember 1914 bis Mai 1915. Am 9. Dezember 1914 ver-

langt der Nachfolger San Giulianos, Baron Sonnino, der das Außenministerium verwaltete, die sofortige Abtretung der italienischen Irredenta (Triest und Trient). Von Bülow übernimmt die Vermittlerrolle. Verhandlungen werden aufgenommen. Noten werden hin und her gewechselt. Erst am 27. März, beinahe vier Monate später, verspricht der österreichische Außenminister Burian die Herausgabe Trients. Die Abtretung Trients wird aber strikte abgelehnt, mit der Begründung, daß dieser Hafen für den Bestand der österreichischen Monarchie unentbehrlich sei. Italien gibt sich mit diesem Bescheid nicht zufrieden. Sonnino arbeitet Gegenentwürfe aus, die am 6. April in Wien und Berlin vorgelegt werden. Darin werden die sofortige Abtretung des Trientinos in den Grenzen von 1811, also bis zum Brenner, des Landes rechts vom Isonzo mit Görz und Gradisca und die Herausgabe der Kurzolaner Inseln gefordert.

Zu gleicher Zeit verhandelt aber Salandra mit der Entente. Am 3. März läßt er dem englischen Außenminister Grey die Bedingungen Italiens zum Eintritt in den Krieg vorlegen. Am 26. April kommt der Vertrag von London zustande, der Italiens Wendung bestimmte.

Salandra weist in seinem Buch den Vorwurf zurück, daß er bei den Verhandlungen mit der Entente die Interessen Italiens nicht genug wahrgenommen hätte. Es sei falsch zu behaupten, schreibt er, daß Italien alles erhalten, was es gefordert hätte. Innerhalb der Entente waren zwei Strömungen. Frankreich und England waren für den Eintritt Italiens gegen den Eintritt Italiens in den Krieg. Es ist allein den militärischen Führern Frankreichs und Englands zuzuschreiben, daß Rußland seinen Standpunkt doch noch aufgegeben hat. Am 4. Mai 1915 wurde der Bundesvertrag mit Österreich gekündigt. Der Weg zur Kriegserklärung war frei.

Kurz davor war Erzberger in Rom eingetroffen. Er hatte mit dem Vatikan und Salandra verhandelt. Salandra schreibt von ihm: — Erzberger ist groß, von gesunder Farbe. Er hat lebhaftes Auge, kühnen Geist. Erzberger ist zweifellos eine bemerkenswerte, aber doch unheimliche Persönlichkeit. Er hört sich gern reden. Ich habe ihn deshalb reden lassen und habe so wenig wie möglich gesprochen. — Am 19. Mai verließ Erzberger unverrichteter Sache Rom, noch immer in dem Glauben, daß die Entscheidung noch nicht gefallen war.

In den ersten Monaten des Jahres 1915 war die Zahl der „Interventionisten“ ständig gewachsen. Zeitungen wurden für den an sich für jeden Italiener ersehnten Krieg gegen Österreich geworben. D'Annunzio, der wegen seines heldischen Lebenswandels nach Frankreich übergesiedelt war, kam zurück und putzte das Volk durch Reden und Gedichte auf. Demonstrationen waren an der Tagesordnung. Die Straße, dieses gewaltige Beeinflussungsmittel der Demokratie, herrschte nach außen hin uneingeschränkt, und die Straße schrie nach Krieg. Die deutsche Gegenpropaganda war leider ungeschickt und gar nicht auf das italienische Volk zugeschnitten. Wir, die Italiener, kannten und die Gefahr erkannten, waren empört darüber. Anstatt den Italienern einzuhämmern, daß ausschließlich die Entente den Krieg geführt hatte und daß Italien unbedingt auf Seiten der Deutschen kämpfen mußte, wenn es um Recht und Freiheit kämpfen wollte und daß wir Deutschen schon dafür sorgen würden, daß Italiens berechtigter Anspruch erfüllt würde, anstatt alles das haben wir unsere Rüstungen gepriesen, unser Heer in den Himmel gehoben usw. Lateinische, ja, demokratisch regierte Völker fängt man nicht mit Tatsachen, sondern durch Versprechungen, durch Zauberworte.

Die Schwierigkeiten waren selbstredend groß. Das italienische Heer kannte aber unsere Ueberlegenheit und ich

Heimatlos.

Es schellt. Ich bin allein zu Haus und öffne selbst die Tür. Vor mir steht ein junger Mensch und bittet um eine Unterstützung. „Arbeitslos!“ steht auf seiner Stirn geschrieben. Ein schlank gewachsener Junge mit einem hübschen, offenen Gesicht, aus dem so ernste Augen auf mich gerichtet sind, daß ich im tiefsten Herzen ergriffen werde von ihrer Stimmigkeit und doch so beredten Sprache. Sein Anzug ist noch ziemlich gut und sauber gehalten, auch seine Schuhe; einen Ueberzieher hat er nicht, obwohl das winterliche Wetter dringend warme Kleidung erfordert. Schloffer ist er und kommt aus Ulm. Arbeitslos seit drei Monaten. Warum er hier in unseren Norden kommt, soweit aus dem Süden Deutschlands? Er hat überall nach Arbeit gesucht und ist so immer weiter gekommen. Arbeit hat er nicht gefunden, nur einmal für acht Tage; heimatslos streift er im Lande umher. Neunzehn Jahre alt! Er liebt sein Handwerk sehr; seine Augen fangen an zu lachen, während er mir von seiner Arbeit erzählt. Als er mit einem Gutschein für die Herberge zur Heimat, einem Butterbrot (so nein, wegwerfen werde ich es nicht, darauf können Sie sich verlassen!) und einem Zehnmarkstück abzieht, nimmt er seine Mütze so höflich wieder ab und dankt mir so herzlich, daß ich ihn am liebsten dabeihalten hätte. Denn „der Menschheit ganzer Sommer packt mich an“ — das tiefe Elend meines Volkes, das seinen Kindern nicht Arbeit und Brot geben kann, das seine Jugend auf der Landstraße verkommen läßt.

Und so kommen sie immer wieder, aus allen Ecken unseres Vaterlandes. Vergleiche aus dem Ruhrgebiet und Westfalen von den Häfen, Landarbeiter von Ost und Süd, Handwerker jeder Art und „ungelernte“ Arbeiter. Sie kommen in abgetragenen und schlechten, öfters auch in noch guten Kleidern, fast niemals ausreichend für die Jahreszeit bekleidet, in Schuhen, denen man fast immer ansieht, wie sie wandern mußten von Ort zu Ort, von Tür zu Tür. Sie kommen jung und alt, abgezehrt und dürrig, kraftvoll und leistungsfähig, niedergeschla-

gen und hoffnungslos, hart und verbittert, traurig und offen für guten Zuspruch, arbeitsfreudig und — arbeitslos. Um sie herum weht es, ruft es „heimatlos“, und wenn sie gegangen sind, so bleibt ein dunkler Schatten zurück und ein Heer von bangen Fragen begleitet sie. Welcher von den finsternen Mächten, die draußen lauern, werden sie anheimgelassen, diese hellköpfigen, frischen Burschen, die stark und bereit, ihre Kraft dem Leben bieten, das keinen Platz für sie hat, das ihren Eifer und ihre Frische erhalten läßt, ihre Freude nicht erstickt, ihren Mut lähmt, die inneren, ewigen Werte zurückdrängt und klein erscheinen läßt gegenüber der harten kalten Notwendigkeit, die nach Kleibern, Schuhen, Brot und Obdach schreit? Und die andern, die schon bleich und verstört und zermürbt kommen, die schon nicht mehr widerstandsfähig sind gegen verderbliche Einflüsse, weil alle freundlichen Richter in ihnen am Erlöschen sind? Und die andern, die Älteren, die Frau und Kinder in Not dabeigelassen haben und voll banger Sorge mit ihren Gedanken dort sind, wo man sie brauchte, während sie sich herumtosen, wo man sie nicht brauchen kann, geleitet von dem matten, immer matter werdenden Hoffnungsstrahl, daß irgendwo doch einmal ihnen der heiß ersehnte Schatz bewahrt sein könnte: Arbeit?

Auf dem Wohlfahrtsamt ist mir gesagt worden, daß man ihnen nichts geben soll, wenn sie an die Türen kommen und bitten, daß man auch nichts von den arbeitslosen Dingen kaufen solle, die manche zum Verkauf anbieten. Viele Gründe sprächen dagegen. Aber das war vor Jahr und Tag. Ob die Gründe heute noch stichhaltig sind? Und mag nicht bei der immer schwerer werdenden Last, die sie auf ihren einsamen, dunklen Pfaden tragen, der Gedanke, daß andere Herzen mit an ihrer Last tragen und mit tausend Wünschen um sie sind, ihnen für eine Stunde ein kleiner Lichtstrahl sein?

„Schwere Spuren, verweht im Wind,
Verloren in Dunst und Weite,
Fuße, die ewig ruhelos sind,
Gott weiß, wo wandern sie heute?“

Du Kind im Himmel, du Licht der Nacht,
Gib allem, was arm und müde,
Allem, was wandert, weint und wacht,
Friede auf Erden, Friede!“

—r.

Konfessionsstatistik der Universität Münster.

Soeben ist die Hochschulfstatistik für das Sommersemester 1930 herausgekommen, das uns bemerkenswerte Angaben über die konfessionellen Verhältnisse der Studierenden bringt. Es studieren an deutschen Universitäten etwas mehr Evangelische und etwas weniger Katholiken als ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entspricht. Ganz besonders stark ist der Prozentsatz der Studierenden Juden, der um dreifaches den Prozentsatz der jüdischen Bevölkerung übersteigt. 65,8 Prozent der Studenten sind evangelisch, 27,5 Prozent katholisch und 4,3 Prozent jüdisch. Die Universität Münster hat bei weitem den größten katholischen Prozentsatz unter der Studentenschaft, nämlich 66 von Hundert. Es folgen dann die Universitäten Würzburg mit 59,3 von Hundert, Köln mit 58,7 von Hundert und Bonn mit 53,9 von Hundert katholischer Studenten. In der Provinz Westfalen haben wir etwa die Hälfte evangelische und katholische. Die evangelischen Besucher an höheren Schulen betragen etwas über 50 Prozent, demnach müßte auch der evangelische Anteil der Studenten mindestens 50 Prozent betragen. Er beträgt aber nur 33,5 Prozent. Münster wird also in der Studentenschaft als Hochburg des Katholizismus gewertet. Daraus erklärt sich der starke Besuch von katholischer und der geringe Besuch von evangelischer Seite. Auffallend ist aber auch in Münster der geringe jüdische Besuch. Der Reichsdurchschnitt für jüdische Studenten beträgt 4,3 von Hundert. Berlin hat sogar 10,7 von Hundert jüdische Studenten. Münster dagegen nur 0,5 Prozent.

glaube bestimmt, daß reichlich hätten.

Salandra wendet, daß er Italien für wir nicht früher in italienische Staatsmündigkeiten, daß die Verhandlungen gehalten. — Salandra mandierende Cadorna mitgeteilt, daß sei. Mitte April li-tungen zum Loschwerden würden. — Vorwurf der Dopp-singt ihm aber nicht Sprache reden.

Das Buch Salandra einen Treu-gehen? — Leicht ist man nach dem Gef-Bernunft das Wort dem Gefühl, sondern geführt. Wir haben österreichischen Sta-dabei unsere Freibe-nunft, das Schicksal eines Völkerkonglo-freilich der Scholle-unsinnig von uns, Österreich hatte, e-ten würde. Der D-bern für den Fried-

Im übrigen h-einen Treubruch b-Sixtus Sonderverf-ten hat. Im politi-die Frage nach Tre-entscheidend.

Amischul

In den näch-nett abschließend-deutschen Osten be-sollte bereits am-Osthilfe stattfinden-bis Freitag zurück-man, alle noch of-fönnen.

Die Grund-Osthilfe decken sich-führer Paul C-die mit der Intra-los gewordene Tr-unter Herausnah-und Verminderun-tere fünf Jahre-sollen statt des u-300 Millionen 20-je 40 Millionen-würden also 600-denen 450 Milli-östlichen Landwir-Mark für die ge-den sollen.

Der Nachteil-besehen, daß diese-lam werden würd-maßnahmen bedar-wird nun daran-durft, der in e-die an Grund-beschaffen und als-erheblichen Teil d-stellen kann. M-einen Teil der v-Amischulungshyp-daf alles in allen-für die wirtschaft-ligung stünden.

Das Reich-fern mitwirken-dungskredite und-Ausfallbürgschaft-rung dem zu, d-fäulungskredite-fächlich gewährte-Belastung durch

Grundsätzlich-verfahrens will i-Institutionen in-jenen gedacht i-eine endgültige-liegt. Es genügt-die Kontrolle de-reicher Apparat-diese Aufgabe i-schaftlichen Einri-

Nach der B-muß sich das P-Osten befassen.-wurfs Kritik find-laut wird, wird-nur in allen J-die wirtschaftlich-o auszugestalt-Bollwert de-Wirtschaft b-Landwirts und-des Kaufmanns-befürchten, daß-die nationale R-Polens erhöhen

Italien-? Die Kalen-bundes gegenwärt-nale Ausschüsse-Ausfluß einstim-

138 Agraranträge.

Zweite Lesung des Landwirtschaftsetats im Preussischen Landtag.

— Berlin, den 28. Januar 1931.

Der Preussische Landtag begann am Mittwoch die zweite Lesung des Haushalts des Landwirtschaftsministeriums sowie der Domänen- und Gutsverwaltungen. Zuvor war der Ausschuss für das Volksbegehren auf Antrag der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen und der Wirtschaftspartei mit der Untersuchung von Mißständen in der Kasseler Polizei beauftragt worden. Zum Landwirtschaftshaushalt lagen insgesamt 138 Anträge vor.

Darin wird u. a. die Förderung des Obst- und Gemüsebaues und anderer landwirtschaftlicher Betriebszweige, sowie die Einschränkung der Einfuhr ausländischer Lebensmittel und Genußmittel verlangt. Weitere Anträge fordern Berücksichtigung der Wünsche der Winger.

Beim Domänen-Etat befaßten sich viele Ausschüsse mit den Verhältnissen in den staatlichen Wäldern. Einer dieser Anträge fordert im Interesse der Volksgesundheit eine Preislenkung für die Holzprodukte der preussischen Staatswälder. Beim Guts-Etat wird die staatliche Unterstützung der Pferdezucht- und ländlicher Reitervereine gefordert.

Nach den Darlegungen der Berichterstatter eröffnete Abg. Heilmann (Soz.) die Aussprache. Er erklärte, die deutsche Agrarkrise bilde nur einen Ausschnitt aus der Weltagrarkrise, von der auch das reichste Land, die Vereinigten Staaten, nicht verschont sei. Die Republik habe viel getan, um den deutschen Bauern zu schützen. Die Sozialdemokratie fordere ferner die Ausschüttung der politischen Arbeiter. Der Arbeiter zahle freiwillig für Getreide das Doppelte, für Zucker das Vierfache des Weltmarktpreises. Durchgreifende Hilfe bringe nur die Steigerung der Kaufkraft.

Abg. Vogemann (Dnt.) erklärte, nach dem verlorenen Kriege könne der Staat nur dann wieder hochkommen, wenn er die Landwirtschaft unterstütze. So sei es auch nach

dem siebenjährigen Kriege gewesen. Auch seine Partei betrachte es als einen Skandal, daß bei der großen Arbeitslosigkeit noch ausländische Arbeiter beschäftigt würden. Leider seien aber deutsche Arbeiter nur schwer zu solchen Arbeiten zu haben. In der jetzigen Regierung haben wir nicht das Vertrauen, daß sie die Betreuung der landwirtschaftlichen Interessen wirklich geeigneten Sachverständigen überläßt. Wenn sie die Sachverständigen für den Osten aus dem Westen holt, so ist das Mißtrauen der Landwirte begreiflich. Mit Köllen allein kann man der deutschen Landwirtschaft nicht mehr helfen.

Abg. Maassen (Ztr.) betonte, der Bauer habe im Westen mindestens ebenso schwer zu kämpfen wie der im Osten. Der landwirtschaftliche Veredelungsverkehr bedürfe der staatlichen Förderung. Im Rheinland sei durch gemeinsames Vorgehen der Landwirte und der organisierten Verbraucherschaft in manchen Gebieten eine vorbildliche Absatzorganisation geschaffen worden.

Abg. Ganger (Chr.-Nat. Vp.) erklärte, in Deutschland hintertrieben immer noch Interessengruppen die wirksame Durchführung der Agrar-Hilfsmaßnahmen. Der Landwirtschaft sei es nicht wie den Gewerkschaften oder Konzernen möglich, maßgebenden Einfluß auf die Preisgestaltung zu gewinnen.

Abg. Meyer-Semsdorf (Chr.-Soz. Volksb.) betonte die Notwendigkeit der staatlichen Gutsverwaltung. Auf diesem Gebiet dürfe der Abbau nicht zu weit getrieben werden.

Abg. Vieker (D.-Hann.) wandte sich gegen einzelne Ausführungen des Abg. Heilmann und verlangte die Abschaffung aller entbehrlichen Einfuhr ausländischer Lebensmittel und Genußmittel.

Abg. v. Stünzner-Karbe (Dnt.) betonte die Wichtigkeit einer besseren Absatzorganisation für die Landwirtschaft, denn der Zwischenhandel nehme für sich zu hohe Gewinne in Anspruch.

Abg. Jacoby-Masfau (Ztr.) dankte dem Minister für seine Bestrebungen zur landwirtschaftlichen Absatzförderung. Um 5¼ Uhr wurde die Weiterberatung auf Donnerstag 11 Uhr vertagt.

Etatsrede Schiele im Ausschuss.

Für Drosselung der Einfuhr und Einschränkung des Roggenanbaues. — Jordauer der Agrarkrise bedeutet Entschädigung des Ostens.

Im Haushaltsausschuss des Reichstags leitete Reichsminister Schiele die Beratung des Haushalts des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft mit einer Rede ein, in der er insbesondere auch die bisher getroffenen Maßnahmen zum Schutze der Landwirtschaft und die Aufgaben für die Zukunft behandelte. Es sei zwar nicht gelungen, so betonte Minister Schiele, dem wachsenden Substanzverzehr der Landwirtschaft radikal zu gebieten, ein Ergebnis habe die Arbeit aber doch gehabt:

Auf den wichtigsten Gebieten sei die Umkehrung einer dauerhaften Ordnung der Produktions- und Absatzverhältnisse deutlich erkennbar.

Reichsbestellungsplan für 1931.

Bei der Darstellung der Lage der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebszweige kündigte der Minister die konsequente Fortsetzung der bisherigen Getreidebaupolitik an. Der Roggen-, Hafer- und Futterertragsanbau müsse um rund 1,5 Millionen Hektar verringert werden; eine Million Hektar davon könne man für die Erweiterung des Weizen- und Gerstenanbaues verwenden, die restlichen 500 000 Hektar für die Förderung der Viehwirtschaft. Die Zukunftsaussichten für die tierische Veredelungswirtschaft seien wenig günstig. Der Ueberfluß an Getreide habe eine Ueberproduktion tierischer Veredelungszeugnisse nach sich gezogen. Die Regierung setze sich damit vor neue dringende Aufgaben gestellt, handle es sich bei dem Schutz der bäuerlichen Veredelungswirtschaft doch um unverzichtbare Notwendigkeiten für unsere gesamte Landwirtschafts- und Sozialpolitik.

Zur Zoll- und Handelspolitik äußerte sich Minister Schiele dahin: Die internationale Ueberproduktion auf nahezu allen Gebieten der landwirtschaftlichen Erzeugung stellt unsere agrarische Außenhandelspolitik vor den kategorischen Imperativ: soweit als möglich die Einfuhren zu drosseln, um unserer eigenen Erzeugung den heimischen Markt zu erhalten und ihr darüber hinaus neue Absatzmöglichkeiten innerhalb der deutschen Volkswirtschaft zu erschließen.

Zolländerungen im Verhandlungswege.

Ueber diese grundsätzliche Zielsetzung befindet ich mich in völliger Uebereinstimmung mit den Darlegungen, die Minister Curtius in der Europa-Konferenz gemacht hat. Die Agrarzölle sind die Wächter der Ordnung an der Schwelle zu dem vor uns liegenden Werte des Wiederaufbaus der deutschen Landwirtschaft auf neuen dauerhaften und widerstandsfähigen Grundlagen. Angesichts der ersten Lage des Weltmarktes kann aber nur mit Vorbehalt an die Reform der bestehenden Handelsverträge herangegangen werden. Zunächst können wir nur den Weg von Verhandlungen gehen, um lästige Zollbindungen zu lösen. Für eine Reihe von Erzeugnissen müssen wir ihn ungesäumt beschreiten.

Was das Preisniveau betreffe, sei die Anpassung der Preise für industrielle Erzeugnisse an die Agrarpreise bisher völlig unzureichend. Gewiß sei auf diesem Gebiete schon Wichtiges geschehen, aber auch heute sei noch ein weiter Weg zurückzulegen. Die Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen müsse durch Nationalisierung weiter verringert werden.

„Am letzten Jahre“, so fuhr Minister Schiele dann fort, „betrug der Ueberfluß der Ausfuhr über die Einfuhr 1,9 Milliarden Mark. Aber die Reparationen und der Zinsendienst forderten rund 2,9 Milliarden Mark, so daß ein Fehlbetrag von einer Milliarde Reichsmark in unserer Zahlungsbilanz nur durch Auslandskredite gedeckt werden konnte. Wenn die Auslandskredite ausbleiben, dann stellt die ökonomische Ratio die deutsche Staatsführung sehr nächsten vor die Aufgabe: Einnahmen und Ausgaben unserer Zahlungsbilanz aus eigener Kraft zu balancieren. Politisch und wirtschaftlich ist in einer solchen Lage der schwächste Posten unsere Lebensmitteleinfuhr.“

Minister Schiele beendete dann seine Ausführungen mit der Erklärung, die Landwirtschaftspolitik sei in dieser Zeit der allgemeinen Volksnot mehr denn je dazu berufen, den Grundstein für eine Volkswirtschaft zu legen, in der dem deutschen Bauern wieder Gerechtigkeit und dem ganzen deutschen Volke wieder Arbeit und Brot gewährleistet ist.

Ausblutung durch die Tribute.

Notus Opreußens. — Die Revision des Versailler Vertrags auch eine wirtschaftliche Notwendigkeit ersten Ranges.

Im Landeshaus zu Königsberg trat die ostpreussische Landwirtschaftskammer zu einer Tagung zusammen, in der Präsident Dr. Brandes u. a. feststellte, die Landwirtschaft sei das Schlüßelgewerbe der deutschen Volkswirtschaft. Auch Präsident Dr. Brandes setzte sich für eine Drosselung der Einfuhr ein und führte dabei aus:

„Durch die Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse im Werte von vier Milliarden Mark und den Auslandsbezug industrieller Erzeugnisse in Höhe von drei Milliarden Mark, machen wir den deutschen Arbeiter brotlos, treiben wir den Bauern von Haus und Hof. Eine Methode, den Verbrauch inländischer Produkte zu fördern, ist der Verwendungszwang. Aber auch die Handelsverträge selbst dürfen kein Pfändchen „Nähr-mich-nicht-an“ werden. Wir müssen im Verhandlungswege von manchen Bindungen loskommen, in die wir jetzt verstrickt sind. Aus diesem Grunde wäre für die Landwirtschaft die Annahme des sogenannten Genfer Handelsabkommens ganz untragbar. Eine Bindung an Zölle bei der jetzigen Weltagrarkrise wäre der verhängnisvollste Schritt, der sich denken läßt. Bindungen haben wir im Versailler Vertrag genug. Eine Abänderung des Versailler Traktats und der Tributlasten ist unaufschiebbar. Die Tributlasten führten zu einem Ausblutungsprozeß. Wenn bisher alle Einzelmaßnahmen in ihren Einwirkungen versagt haben, so liegt das auch daran, daß die Vereinbarung härter als jede Abnahmefähigkeit ist. Deshalb ist die Frage der Revision des Versailler Vertrags nicht einzig und allein eine politische sondern auch eine wirtschaftliche Frage allerersten Ranges.“

Nachdem sich Präsident Brandes dann noch für äußerste Sparsamkeit und für eine Revision der Sozialgesetzgebung ausgesprochen hatte, legte Oberpräsident Dr. Siehr die Hilfsmaßnahmen dar, die die Regierung bisher zur Ueberwindung der Wirtschaftsnot durchgeführt hat.

Englisches Gewerkschaftsgesetz angenommen.

— London, 29. Januar. Im Unterhause wurde das neue Gewerkschaftsgesetz in den späten Abendstunden des Mittwoch in zweiter Lesung mit 277 gegen 250 Stimmen angenommen.

Die Aussprache über das Gewerkschaftsgesetz.

— London, 29. Januar. Während der Aussprache, die der Abstimmung vorausging, brachte zunächst Neville Chamberlain, der Chef der konservativen Parteileitung, seine Empörung darüber zum Ausdruck, daß die Einführung des neuen Gewerkschaftsgesetzes in einer Zeit erfolge, in der alle Anstrengungen auf die Verringerung der Verhältnisse in der Industrie gerichtet werden sollten. Trotz der langen Aussprache sei es immer noch nicht klar, in welchen Fällen ein Sympathiestreik ungesetzmäßig sei. Der Minister für die Dominien, Thomas, antwortete ihm daraufhin, daß die gesetzlichen Fragen die Leute, die das Gesetz hauptsächlich angehe, ziemlich kalt ließen. Die Arbeiter würden letzten Endes ihre Handlungen nicht von juristischen Gesichtspunkten aus bestimmen lassen. Das Haus schritt dann zur Abstimmung.

glaube bestimmt, daß wir die Neutralität Italiens erreicht hätten.

Salandra wendet sich gegen die Behauptung Bülow's, daß er Italien fünf Monate hingehalten habe. „Wenn wir nicht früher in den Krieg gezogen sind“, erklärt der italienische Staatsmann, „so ist dies vor allem darauf zurückzuführen, daß wir nicht genügend gerüstet waren. Die Verhandlungen mit Österreich haben uns nicht hingehalten.“ — Salandra's Worte stimmen. Der Höchstkommandierende Cadorna hatte Anfang März der Regierung mitgeteilt, daß das Heer erst im April kriegsbereit sei. Mitte April ließ er aber sagen, daß die Vorbereitungen zum Vorschlag vor dem 12. Mai nicht beendet werden würden. Salandra versucht, sich außerdem vom Vorwurf der Doppeltzüngigkeit reinzuwaschen. Das gelingt ihm aber nicht, weil ja die Tatsachen eine beredte Sprache reden.

Das Buch Salandra stellt uns die Frage vor: Hat Italien einen Treubruch Deutschland gegenüber begangen? — Leicht ist die Beantwortung dieser Frage, wenn man nach dem Gefühl urteilt. Schwer dagegen, wenn die Vernunft das Wort führt. Politik wird aber nicht nach dem Gefühl, sondern ausschließlich nach realen Interessen geführt. Wir haben im Kriege in Nibelungen-Treue dem österreichischen Staatsgebilde beigegeben und haben dabei unsere Freiheit eingebüßt. Es war gegen alle Vernunft, das Schicksal unseres Volkes an das Schicksal eines Völkerkonglomerats zu ketten, das nicht um die Freiheit der Scholle, der Heimat kämpfte. Es war auch unsinnig von uns, damit zu rechnen, daß Italien, das Österreich haßte, Seite an Seite mit Österreich kämpfen würde. Der Dreibund war nicht für den Krieg, sondern für den Frieden bestimmt.

Im übrigen hat auch Österreich „gefühlsmäßig“ einen Treubruch begangen, als es durch den Prinzen Sixtus Sonderverhandlungen mit Frankreich unterhalten hat. Im politischen Leben der Völker ist aber nicht die Frage nach Treue, sondern die Frage der Nützlichkeit entscheidend. E.F.R.

Umschuldung des Ostens.

— Berlin, 29. Januar.

In den nächsten Tagen wird sich das Reichskabinett abschließend mit dem neuen Hilfswerk für den deutschen Osten befassen. Nach den ersten Dispositionen sollte bereits am Mittwoch ein Kabinettsrat über die Hilfe stattfinden, doch ist diese Sitzung inzwischen bis Freitag zurückgestellt worden. Bis dahin hofft man, alle noch offenen Fragen befriedigend lösen zu können.

Die Grundzüge des Entwurfs der erweiterten Hilfe decken sich mit einer Anregung, die der Industriesührer Paul Silberberg gegeben hat. Danach soll die mit der Intraffizierung des Youngplans gegenstandslos gewordene Tributauflage der Industrie unter Herausnahme der Mittel- und Kleinindustrie und Verminderung der einzelnen Jahresraten für weitere fünf Jahre bestehen bleiben. Im ersten Jahre sollen statt des ursprünglichen Aufbringungsolls von 300 Millionen 200, und in den folgenden vier Jahren je 40 Millionen weniger erhoben werden. Insgesamt würden also 600 Millionen zusammenkommen, von denen 450 Millionen Mark für die Umschuldung der östlichen Landwirtschaft, die restlichen 150 Millionen Mark für die gewerbliche Kredithilfe verwendet werden sollen.

Der Nachteil einer solchen Lösung würde darin bestehen, daß diese Hilfsaktion erst nach und nach wirksam werden würde, während die Landwirtschaft sofortmaßnahmen bedarf. Um hier einen Ausweg zu finden, wird nun daran gedacht, die Sammelstelle für die Industrie, der in eine unabhängige Bank umzuwandeln, die an Grund der ihr sicheren Gelder sich Kredite beschaffen und alsdann der Landwirtschaft sofort einen erheblichen Teil des Gesamtaufkommens zur Verfügung stellen kann. Außerdem soll diese Treuhandbank für einen Teil der von ihr gewährten Umschuldungskredite Umschuldungshypotheken auf den Markt bringen, so daß alles in allem mehr als 900 Millionen Mark für die wirtschaftliche Rettung des Ostens zur Verfügung stünden.

Das Reich soll bei dieser Hilfsaktion noch unterstützen, als es die Verzinsung der Umschuldungskredite und für ein Viertel der Gesamtsumme die Ausfallbürgschaft übernimmt. Stimmt die Reichsregierung dem zu, dann würde der Landwirt, dem Umschuldungskredite gewährt werden, nur das ihm tatsächlich gewährte Kapital zurückzahlen brauchen, eine Belastung durch Zinsen also nicht eintreten.

Hinsichtlich der Durchführung des Umschuldungsverfahrens will man die Hilfe der landwirtschaftlichen Institutionen in Anspruch nehmen. Wie das im einzelnen gedacht ist, wird man erst sagen können, wenn eine endgültige Entscheidung der Reichsregierung vorliegt. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß auch für die Kontrolle der Betriebe nicht ein neuer, umfangreicher Apparat geschaffen werden soll, sondern auch diese Aufgabe soll den dafür geeigneten landwirtschaftlichen Einrichtungen überlassen bleiben.

Nach der Verabschiedung durch das Reichskabinett muß sich das Parlament mit dem Hilfswerk für den Osten befassen. Wenn dabei die Einzelheiten des Entwurfs kritisiert werden oder der Wunsch nach Ergänzungen laut wird, wird das nicht von Nachteil sein, sofern nur in allen Fraktionen das Bestreben lebendig ist, die wirtschaftlichen Verhältnisse des deutschen Ostens so auszugestalten, daß diese Grenzlande ein festes Bollwerk deutscher Kultur und deutscher Wirtschaft bleiben. Wenn über den Gütern des Landwirts und den Häusern des Handwerkers und des Kaufmanns der Pleitegeier kräht, dann ist zu befürchten, daß diese Wirtschaftsnöte im Grenzland auch die nationale Kraft schwächt und die Begehrlichkeit Polens erhöhen wird.

Italien gegen die Kalenderreform.

Die Kalenderreform, die auf Anregung des Völkerbundes gegenwärtig in aller Welt durch besondere nationale Ausschüsse geprüft wird, ist von dem italienischen Ausschuss einstimmig abgelehnt worden.

Italien gegen Frankreichs Rüstungswahn.

Gayda schildert das französische Rüstungssystem.

Rom, 28. Januar. Im „Giornale d'Italia“ gibt Gayda eine Uebersicht über die Rüstungen Frankreichs und seiner Verbündeten. Gayda weist nach, daß das französische militärische System, also Frankreich, Südslawen, die Tschechoslowakei, Rumänien und Polen in Friedenszeiten zusammen 127 Divisionen unter Waffen halte, d.h. 1166 Infanteriebataillone, 666 Kavallerieschwadronen und über 2000 Batterien, außer der Fliegertruppe, den Pionieren, den Abteilungen für Panzerautomobile und sonstigen Spezialtruppen. Der Oberbefehl über die vereinigten Heere der kleinen Entente und Polens liege in französischen Händen. Die Chefs der Generalstäbe der kleinen Entente versammelten sich jedes Jahr, unterstützt durch den französischen General Mollet und andere französische Generalstäbe, um die verschiedensten militärischen Fragen zu beraten. In Südslawien befanden sich bei jedem Armeekorps französische Offiziere. Französische Militärmissionen seien ferner in der Tschechoslowakei und in Polen vorhanden und zur Neuordnung des rumänischen Heeres werde sich General Gouraud

demnächst nach Rumänien begeben. Die Errichtung neuer Waffenfabriken in Südslawien und Rumänien werde vorbereitet. In den letzten acht Monaten des vergangenen Jahres hätten allein 1000 Waggon mit Kriegsmaterial für Südslawien mit der Bezeichnung landwirtschaftliches und industrielles Material Österreich passiert. In Genf sei es klar zutage getreten, daß Frankreich die Erhaltung des gegenwärtigen Rüstungsstandes erstrebe. Der Kommissionsentwurf der vorbereitenden Rüstungskommission verlange andererseits die Beibehaltung aller militärischen Beschränkungen der besiegten Staaten. Das sei nicht die Abrüstung, so schließt Gayda, die Sicherheit und Frieden gewährleisten könne.

Negro-Gallien.

Ein Neger Mitglied der französischen Regierung.

Mit der Ernennung des Abgeordneten Diagne zum Unterstaatssekretär im Kabinett Laval ist erstmals in der Geschichte ein Neger Mitglied der Regierung einer europäischen Großmacht geworden.

Um die Osthilfe.

Die ostpreussische Landwirtschaftskammer zum Umschuldungsproblem.

Auf der Tagung der Vollversammlung der ostpreussischen Landwirtschaftskammer in Königsberg betonte Präsident Dr. Bartels, die Osthilfe müsse in erster Linie bestehen in einer gewollten Lasten- und Zinsensenkung. Dadurch, daß die bisherige Osthilfe sich nur mit franten Betrieben beschäftigte und sich um die noch einigermaßen gefunden Betriebe nicht kümmerte, seien immer neue Betriebe frant geworden. Von den umgeschuldeten Betrieben stünden jetzt Hunderte vor der Zwangsversteigerung.

Die Anregung des Reichsministers Treubmann, etwa 3 Prozent des Einheitswertes für diesen Zweck zu verwenden, zeige einen durchaus gangbaren Weg. Generallandwirtschaftsdirektor von Hippel bekannte sich zu den grundsätzlichen Ausführungen des Präsidenten der Kammer, erklärte aber, daß die Umschuldung nicht der Kern der Osthilfe sein könne, und schloß mit der Bemerkung, daß die Generallandwirtschaft bemüht sei, jede Möglichkeit des Ausgleichs bezüglich der Behandlung der zweiten Hypothek zu suchen.

Oberpräsident Dr. Siehr verteidigte die Umschuldung und erklärte, er müsse gegen das Vorgehen der Landwirtschaft schwere Bedenken erheben, weil sie mit Gewalt verhindere, was die Staatsregierung zu erreichen bestrebt sei, daß nämlich der Wert des Grund und Bodens in Ostpreußen nicht immer weiter sinke.

Industriekredit für die Reichsbahn.

50 Millionen Mark für Elektrifizierung. — Weitere Senkung der Tarife.

— Berlin, 29. Januar.

Die großen Unternehmungen der deutschen Elektrotechnischen Industrie haben der Reichsbahn einen Kredit von 50 Millionen Mark für die Fortführung der Elektrifizierungsarbeiten auf dem süddeutschen Eisenbahnnetz zur Verfügung gestellt. Das Reichsfinanzministerium hat das Inkassokommen dieses Kredits durch eine zeitlich begrenzte Zinsgarantie unterstützt, da durch die geplanten Neuanlagen 10 000 Arbeiter für eineinhalb Jahre Beschäftigung finden. Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn hat in seiner heutigen Sitzung das Angebot der Industrie angenommen. Außerdem hat er eine Reihe von Tarifsenkungen beschlossen. Insbesondere sollen die Tiertransporte verbilligt werden, um damit die Senkung der Fleischpreise zu unterstützen.

Das Immunitätsprinzip.

Aus dem Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages. Im Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages wurde ein Antrag auf Aufhebung der Immunität des nationalsozialistischen Abgeordneten Spangemacher mit 14 gegen 13 Stimmen angenommen.

Die Beratung über diesen Antrag gab Gelegenheit zu einer ausführlichen Besprechung über das Immunitätsprinzip der Abgeordneten überhaupt. Mit Ausnahme der Nationalsozialisten und Kommunisten standen sämtliche Parteien auf dem Standpunkt, daß die

Forderung, die Immunität grundsätzlich für die Dauer der Legislaturperiode aufrecht zu erhalten, abzulehnen sei.

Bezüglich der Frage, wie diejenigen Fälle zu entscheiden seien, in welchen von einer Fraktion der Antrag gestellt wird, ein gegen einen Abgeordneten schwebendes Strafverfahren einzustellen, einigte man sich dahin, daß der Reichstag über das Reichsinnenministerium bei der zuständigen Staatsanwaltschaft das Material anfordern soll, auf dem die Strafverfolgung basiert.

Die Gefahr einer Verzögerung soll durch eine bestimmte Fristsetzung ausgeschaltet werden.

Protest gegen die Volkszählung.

Deutsche Interpellation in Prag.

Die deutschen Abgeordneten des tschechischen Parlaments haben auf Grund von Meldungen, wonach in drei mährischen Städten die deutsche Bevölkerung unter die Grenze von 20 Prozent gesunken sei (!), den Beschluß gefaßt, eine gemeinsame Aktion zu unternehmen, bei der sich alle deutschen Parteien, gleichgültig, ob sie sich in der Regierung oder in der Opposition befinden, beteiligen sollen.

Der christlich-soziale Abgeordnete, Justizminister a. D. Mayer-Harting, richtete eine Interpellation an die Gesamtregierung, ob sie bereit sei, die Vorgänge bei der Volkszählung und die gegen diese vorliegenden Beschwerden einer gewissenhaften strengen Prüfung zu unterziehen. Der deutsche christlich-soziale Abgeordnete Dehlingen interpellierte den Minister für Nationalverteidigung wegen der Verlegung von 600 Mann Infanterie in die deutsche Stadt Trautenau am Vorabend der Volkszählung.

In der Interpellation wird darauf hingewiesen, daß diese Maßnahme offensichtlich nicht aus militärischen Rücksichten, sondern deshalb anbefohlen worden ist, damit der tschechoslowakische Prozentsatz auf mehr als 20 Prozent gesteigert werde.

Tod beim Rettungswerk.

In Paris liegen Meldungen aus französischer und italienischer Quelle vor, wonach eine italienische Alpenjägerkompanie an der französisch-italienischen Grenze bei Winterübungen von einer Schneelawine überrascht worden sei. Am Montag sei eine Hilfskolonne ausgesandt, um nach dieser als vermißt gemeldeten Abteilung Alpenjäger zu suchen.

21 Opfer des Weißen Todes.

Die Regierung von Schaumburg-Lippe hat für den 26. April Neuwahlen ausgeschrieben. Im alten Landtag bestand eine sozialdemokratische Mehrheit.

Die Agenzia Stefani meldet zu der Lawinenkatastrophe an der italienisch-französischen Grenze, daß zwei italienische Alpenjägerabteilungen im Voralpina-Tal von einer Lawine verschüttet worden seien. Insgesamt sind 3 Offiziere, 2 Unteroffiziere und 16 Soldaten getötet worden.

Einweihung des Bodelschwingh-Hauses, Westfälische Wandererfürsorge, Hagen.

Am Sonntag, den 25. Januar wurde in Hagen unter Anteilnahme zahlreicher Vertreter von kirchlichen und weltlichen Behörden das neue Bodelschwinghhaus, das für umfassende und großzügige Wandererfürsorge bestimmt ist, eingeweiht. Wenn man dem Hause, das 220 Betten enthält und das nicht nur für eine Herberge zur Heimat, sondern auch für ein Obdachlosen-Astyl und für ein Ledigenheim bestimmt ist, den Namen „Bodelschwinghhaus“ gegeben hat, so hat das darin seine Ursache, daß Vater Bodelschwingh selbst am 2. April 1884 die Gründung einer Herberge zur Heimat in Hagen angeregt und auf dem Gebiete der Fürsorge für die „Brüder auf der Landstraße“ in hervorragender Weise gefordert hat. Die Gesamtkosten des Baues betragen RM 212 000. Die evangelische Gemeinde von Hagen hätte es nicht gewagt, einen solchen großen Bau in der Not der Gegenwart zu errichten, wenn nicht tatkräftige Helfer sich ihr an die Seite gestellt hätten. Große und bedeutende Zuschüsse zum Bau haben die Hagerer städtischen Körperschaften, die westfälischen Provinzialbehörden, der westfälische Herbergsverband u. a. geleistet. Der Bau selbst ist vom Provinzialbauamt mit Unterstützung des Hagerer städtischen Bauamtes durchgeführt worden.

Der Einweihungstag wurde eingeleitet durch einen Festgottesdienst in der Lutherkirche, in dem Generalsuperintendent D. Zoellner-Kaiserswerth über das Prophetenwort: „So, die im Elend sind, führe in Dein Haus“ zu Grunde legte. Er ging bei dieser Predigt auch auf die Geschichte und das Wesen der Wandererfürsorge ein, die heute nicht mehr in Almosen bestehen dürfe, sondern in Beschaffung von Arbeit und in Seelsorge. Das Haus, das eingeweiht werden sollte, würde nicht der Gemeinde und dem Einzelnen die Wandererfürsorge abnehmen, sondern im Gegenteil, es sei erst recht heute für die Gemeinde und den Einzelnen nötig, sich hinter dieses Haus und hinter die ganze Arbeit der Wandererfürsorge zu stellen.

Von dem Gottesdienst aus ging es in das Bodelschwinghhaus, wo nun die Einweihung durch Generalsuperintendent D. Zoellner vollzogen wurde, indem er den 123. Psalm vorlas und das Einweihungsgebet und den Einweihungssegen sprach. Begrüßt wurden alle die Gäste, die von nah und fern gekommen waren von Pfarrer Langwehr-Hagen, dem Vorsitzenden des Hagerer Herbergsverbandes. Wir bemerkten unter den Gästen, Vertreter des Regierungspräsidenten und des Landeshauptmannes, Vertreter zahlreicher weiterer Behörden und Organisationen. U. a. nahm Oberbürgermeister Raabe-Hagen, Landesrat Schulte-Himmelfort-Münster, Landesbauerrat Conger-Münster, Direktor Klammer-Dortmund, Präses Dr. Rodelke-Schwelm, Superintendent Jost-Emde, der kath. Pfarrer Clemens-Hagen, teil. Darauf wurde das praktisch gut eingerichtete und vielen Zwecken dienende Bodelschwinghhaus besichtigt. Neben dem Haus sind noch Arbeitschuppen und außerdem ein Stück Land, 15 Morgen groß, so daß die „Heimatlosen“ hier auch Arbeit finden. Den Abschluß bildete eine Nachfeier in der Lutherkirche, die wiederum so überfüllt war, daß die Zuhörer Platz auf den Stufen bis zu den Hörnern des Altars nehmen mußten. Pastor D. von Bodelschwingh sprach über die Arbeit an den Heimatlosen, wie sie sein müsse, wie sie von seinem Vater durchgeführt sei und wie sie noch heute von den Betheler Anstalten betrieben werde. Er kam dabei auch auf die Seelsorgearbeit an den Fremdenlegionären zu sprechen. Die Fremdenlegion bezeichnete er als „das größte deutsche Obdachlosen-Astyl“. Dieser Einweihungstag und besonders auch diese Nachfeier wird für alle Teilnehmer unvergessen sein.

Bethel.

— Blaukreuz-Verein Bethel. Donnerstag abd. 8 1/2 Uhr

Blaukreuzstunde

in Gosen. Jeder ist herzlich eingeladen.

— Die Invaliden- und Unfallrenten für Februar werden am 31. Januar gezahlt.

Schriftleitung: B. Kraa, Wirtschafts- und Welpolitik: Dr. S. Suttel, Anzeigen: R. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld, Schließfach 28. Für Geldsendungen Postfachkonto: Hannover 67377, „Aufwärts“, Christliches Tagesblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Gebrauchter Kindersportwagen

gut erhalten, in Bethel preiswert abzugeben. Näheres zu erfragen durch die Geschäftsst. d. Aufwärts.

Der Wert einer Anzeige

wächst mit der Dauer ihres Erscheinens.

Aluminium- u. Korbwaren



in guter, starker Ausführung fertigen an und empfehlen die

„Tiberias-Werke“ der Anstalt Bethel

Verlangen Sie bitte Preisliste.

Suche zum 1. April 1931

Stellung

als Verwalter oder als 1. jung. Mann. Bin 27 Jahre alt, von Jugend an im Fach tätig, habe 2 Semester landwirtschaftl. Schule besucht. Und mit allen landwirtschaftl. Arbeiten bestens vertraut. Angebote erbittet

Ludwig Fick, Wangeren, Garfelfeld, Bez. Hamburg-Land.

Hochfeiner 1a Honig

garantiert reiner, hellgelb., 10-Pfund-Dose 10,80 RM franko, 5-Pfund-Dose 6,— RM franko. Versand Nachn. Garant. Zurückn. Keermann'scher Honigversand Werke I. H. Nr. 183.

Meln echter

Tilsiter Vollkornkase

mit 48/52%, Fett 1. T. kostet ab heute nur RM 1,00 pro Pfd. Versand erfolgt nur in Postkollis mit Nachn. Porto u. Verpackung frei.

Friedrich Stoltzka

Leipzigerstr. 107, Tilsit, Niederung.

Schwermütige, Verzagte, Erholungsbedürftige und solche, die in geistiger Not sind, finden freundl. Aufnahme zu mäßigem Preise im

Erholungsheim

Haus Friedensruh

in Laufen/Eyach, O./A. Ballingen (Würtbg.). Sommer und Winter geöffnet. Anfragen sind zu richten an die Leitung des Hauses

Ärztlich empfohlen

Pastor Felkes

Magenstärker

hilft bei allen Magenbeschwerden ganz hervorragend. Erhältlich in den Apotheken, wo nicht, direkte Zusendung ohne Preisaufschlag franco gegen Nachnahme (Mk. 3,50 d. Fl.) durch die allein berechnete Herstellerin:

Firma Hermine Schmitz, Duisburg

Fabr. pharmaz. Präparate, gegr. 1903

Bielefelder Musikinstrumenten-Fabrik

ERNST DAVID

gegründet 1885

prämiiert mit Ehrendiplom und goldner Medaille

liefert als Spezialität die von den

Posaunen-Chören

bevorzugten Flügelhörner (System Krumke) sowie in bester Qualität auch alle anderen Blechinstrumente, empfohlen durch Pastor Kuhlo in seinen „Posaunen-rufen“ — Seite 20-26

Katalog und Preisliste gratis.

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—



Nr. 26.

Wenn die Zeit
Wird wohl r
Über läßt
Frage kaum

Di

Am 3. Febru

tag zusammen.

ganz besondere

Klarheit bringe

Lage, in der die

Schon vor de

das gegenwärtig

heit. Die Bah

lung des rech

Mittelparteien

äußersten Link

einem verhältni

Verlust davon k

Reichsregierung

nicht mehr dam

Parteien auch n

heit zu erhalten

Hugenberg,

bei den nach de

Abstimmungen i

zur Verfügung

Liebe zum Rabi

Selbsterhaltung

veranlaßt, diese

ter Dr. Bri

schon ein Bo

lung aufgeste

zialdemokraten

heute noch wird

hen Dr. Braun

Sozialdemokrat

zu erhalten su

ist anzunehmen,

Rede sein kann.

rung des Regie

ist, dann liegt d

Reihe von Fra

unerörtert läßt.